

Badische Zeitung



Leserservice 0800 - 22 24 22 0
Private Kleinanzeigen 0800 - 22 24 22 1
Zentrale 07 61 - 496 - 0
Internet www.badische-zeitung.de

Ausgabenkennung · Montag, 15. Dezember 2014

Nr. 289/51 - 69. Jahrgang
Montag - Freitag: € 1,70
Samstag: € 2,00

Mini-Konsens gegen den Klimawandel

Vertreter aus 195 Staaten unterzeichnen Rahmenentwurf für ein Abkommen 2015 in Paris / Umweltschützer zeigen sich enttäuscht

LIMA/FREIBURG (dpa/hko). Nach harten Verhandlungen hat sich die UN-Klimakonferenz in Lima auf Eckpunkte für einen Weltklimavertrag geeinigt. Vertreter von 195 Staaten verständigten sich am Sonntag auf einen Rahmenentwurf für ein Abkommen, das Ende 2015 in Paris vereinbart werden soll. Das Ziel ist klar: Die Erderwärmung soll höchstens zwei Grad im Mittel betragen. Wie das gelingen soll, ist allerdings weitgehend offengeblieben. Bei den Umweltschützern überwog die Enttäuschung.

Die Konferenz endete wegen verhärteter Fronten zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern fast eineinhalb Tage später als geplant. Der Rohentwurf für das Abkommen umfasst 37 Seiten und ist dem Lima-Beschluss als Anhang beigefügt. Die meisten Länder sollen nun ihre Klimaziele für Paris bis spätestens 31. März abgeben. Sie werden aber nur freundlich gebeten, Informationen zu liefern, wie sie ihre Ziele erreichen wollen.

Für den Vertrag von Paris ist auch kein Plan vorgesehen, wie ärmere Staaten vom Jahr 2020 an Geld erhalten sollen, um sich an die Folgen der Erderwärmung anzupassen und um sich klimafreundlich zu entwickeln. Das Lima-Papier drängt reiche Länder lediglich dazu, dafür Geld zu geben. Die Industrieländer hatten bereits vor fünf Jahren 100 Milliarden Dollar (80 Milliarden Euro) an Klimahilfen für 2020 angekündigt. Auch hier fehlt der Plan, wie dieses Geld zusammenkommen soll. Für den sogenannten Grünen Klimafonds sind nun immerhin mehr als zehn Milliarden Dollar an Klimahilfen für Entwicklungsländer zugesagt. Auch ärmere Sta-

ten wie Mexiko, Peru und Kolumbien zahlten ein. Sie zeigten damit guten Willen, etwas zum Klimaschutz beizutragen.

Dennoch ist laut Umweltschützern das Zwei-Grad-Ziel mit dem Vereinbarten kaum zu schaffen. „Zwar bringt uns das Ergebnis gerade so auf den Weg von Lima nach Paris. In der Substanz aber sind die gefassten Beschlüsse beunruhigend schwach“, sagte Jan Kowalzig von der Entwicklungshilfeorganisation Oxfam. Martin Kaiser von Greenpeace sagte: „Es wurde nicht einmal die Baugrube fertiggestellt.“ Der WWF kritisierte, die Regierungen seien auch mit dem Versuch gescheitert, klare Pläne für Emissionsreduzierungen vor 2020 zu vereinbaren. Der Klimavertrag soll erst dann in Kraft treten. Es sind aber auch schon vorher mehr Anstrengungen zum Klimaschutz nötig.

Das Beichtstuhlverfahren brachte den Minimalkonsens

Die EU habe zwar ein ehrgeizigeres Ergebnis in Lima gewollt, „aber wir glauben, dass wir in der Spur sind für ein globales Abkommen in Paris“, sagte dagegen EU-Klimakommissar Miguel Arias Cañete. Auch die deutsche Umweltschaftssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter aus Waldshut sieht die Länder auf einem guten Weg zu einem Abkommen. „Viele Länder haben zwar noch Schwierigkeiten, sich völkerrechtlich verbindlich zu verpflichten. Aber wir erleben ein wichtiges Umdenken“, sagte sie am Sonntag im Gespräch mit der Badischen Zeitung.

In der Schlussphase waren mehrere Entwürfe der Konferenzleitung abgelehnt worden. Es folgten Beichtstuhlverfahren: Mit zögerlichen Staaten wurden einzeln



Schöner blauer Planet – doch wegen des Klimawandels sind viele Menschen in Gefahr. FOTO: NASA/NOAA/GSFC/SUOMI NPP/VIIRS/NORMAN KURING

Kompromisse gesucht. Im Plenum griffen mehrere Länder die Industriestaaten an und wehrten sich dagegen, selbst zu große Anstrengungen unternehmen zu müssen – aus Sorge, das könnte ihr Wachstum

bremsen. China wehrte sich dagegen, dass die Klimapolitik konkret überprüft wird. Deutschland will, dass China und andere Schwellenländer mehr beim Klimaschutz leisten. Tagesspiegel; Seite 2

TAGESSPIEGEL

Das Abkommen von Lima
Kleiner Schritt nach vorn

Mit dem Abkommen von Lima tasten sich die Länder vorsichtig an eine neue Klimapolitik heran. In Zukunft müssen nicht nur die Industriestaaten, sondern alle Länder ihre Emissionen des klimaschädigenden CO₂ begrenzen. Zwar bedeuten die Beschlüsse des Gipfels keinen Durchbruch, aber sie bieten eine solide Grundlage dafür. Jedes Land muss nun prüfen, was es zum Klimaschutz beitragen kann. Klimaschutz wird so zur gemeinsamen Aufgabe der Menschheit. Die ärmsten Länder der Welt brauchen dabei Hilfe. Dies gilt insbesondere für die Anpassung an den Klimawandel. Klar ist aber auch, dass die großen Schwellenländer und wohlhabenden Entwicklungsländer den Umbau ihrer Energiesysteme weitgehend selber stemmen müssen. Wichtiger als Klimagelder aus Industriestaaten sind hier ein gutes Investitionsklima und fallende Preise für Solarpaneele und Windräder. Zudem dürfen CO₂-Emissionen nicht länger kostenlos sein. Dies kann durch eine CO₂-Steuer oder ein Emissionshandelssystem erreicht werden, wie es in Europa existiert und 2016 in China eingeführt werden soll. In der neuen Klimawelt ist Klimaschutz freiwillig. Aber immer mehr Länder erkennen, dass der Aufbau eines modernen Energiesystems im eigenen Interesse liegt. Dies kann die UN-Klimakonvention koordinieren und unterstützen. Mit dem Abkommen von Lima hat sie dazu einen ersten, wenn auch kleinen Schritt getan. Nun sind wieder die Länder am Zug: Sie müssen sich anspruchsvolle Emissionsziele setzen. Christian Mihatsch

Sturm Billie sorgt für Rekord beim Windstrom

FREIBURG (bja). Das Sturmtief Billie hat Deutschland einen Windkraftrekord beschert. Noch nie wurde an einem Tag so viel Windstrom erzeugt wie am vergangenen Freitag. Das geht aus Daten der Energiebörse EEX hervor. In der Summe speisten die Windkraftanlagen binnen 24 Stunden 568 Gigawattstunden ins deutsche Netz. Damit deckte die Bundesrepublik ihren Tagesverbrauch an Strom zu etwa einem Drittel. Wirtschaft, Seite ???

Neuer Wirbel um Edathy

SPD-Mann soll ihn über Kinderporno-Ermittlungen informiert haben / Abgeordneter dementiert

BERLIN (dpa). Mit der Enthüllung seines angeblichen Informanten aus der SPD durch die frühere Bundestagsabgeordnete Sebastian Edathy die Polit-Affäre neu angefacht. Edathy behauptet im Stern, sein Parteifreund Michael Hartmann habe ihn vor drohenden Kinderporno-Ermittlungen des Bundeskriminalamtes (BKA) gewarnt. Hartmann allerdings dementiert.

Er habe sich nur um Edathy gekümmert und mit ihm über dessen Befürchtung gesprochen, Gegenstand von Ermittlungen zu werden, erklärte der Mainzer SPD-Abgeordnete. Dagegen will Edathy nicht nur von Hartmann ins Bild gesetzt worden sein, sondern auch wissen, von wem Hartmann die Informationen hatte: vom damaligen BKA-Chef Jörg Zierke. Auch

dieser dementiert. Am Donnerstag soll Edathy vor dem Ausschuss aussagen, der versucht, die Umstände der Affäre auszu-leuchten. Weil der damalige Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) seinerzeit die SPD-Spitze unterrichtet hatte, musste er später zurücktreten. Ab Februar steht Edathy wegen Verdachts auf den Besitz von Kinderpornos vor Gericht.

Das Wetter

Dichte Wolken und etwas Regen. Maximal 12 Grad.



Wetterbericht, Seite ???

Fußball-Bundesliga

15. Spieltag: Die Sonntagsspiele

Leverkusen - Mönchengladbach 1:1
Wolfsburg - Paderborn 1:1

UNTERM STRICH



Kein Bleiberecht für Ochs und Esel

Warum in Frankreich Krippen aus staatlichen Behörden verbannt werden / Von Axel Veiel

Während sich Frankreichs Mieter in der kalten Jahreszeit eines umfassenden Kündigungsschutzes erfreuen, müssen Ochs, Esel, Josef, Maria und das Jesuskind ausziehen. Das Foyer des Parlamentspalasts im Departement Vendée haben sie zu räumen. Das Verwaltungsgericht von Nantes hat das angeordnet. Eine Weihnachtskrippe habe im öffentlichen Raum nichts zu suchen, finden die Richter. Sie verweisen auf Frankreichs strikt weltliches Staatsverständnis und das Gesetz zur Trennung von Staat und Kirche aus dem Jahr 1905.

Draußen im Lande hält sich die Zustimmung in Grenzen. Schwachsinn, Verrat an der christlichen abendländischen Tradition, sind noch die mildesten Formen

der Urteilskritik. Dabei ist gegen den Richterspruch, hält man sich an den Wortlaut der Vorschrift, wenig einzuwenden. Gesetzlich verboten ist in Frankreich demnach „jedes religiöse Zeichen oder Symbol in öffentlichen Räumen mit Ausnahme von Kirchen, Friedhöfen oder Museen“. Auch ist es nicht das erste Mal, dass die Regelung von sich reden macht. Man denke nur an die Verbannung des muslimischen Kopftuchs aus den Schulen, die dem Land 2004 monatelange hitzige Debatten eingetragen hat.

Die Zeitung *Le Parisien* sieht für das katholische geprägte Land finstere Zeiten heraufziehen. Denke man konsequent zu Ende, was die Richter angedacht hätten,

seien Weihnachten und sämtliche kirchlichen Feiertage ebenfalls abzuschaffen, schreibt das Blatt. Für Wirtschaftsminister Emmanuel Macron, der die Sonntagsarbeit ausweiten und künftig zwölf Mal jährlich am Tag des Herrn malochen lassen will, mögen sich damit zwar neue Perspektiven auftun. Der Rest der Nation aber dürfte kaum angetan sein. In einer Internet-Abstimmung haben 86 Prozent der 12 000 Teilnehmern dafür plädiert, Ochs, Esel, Maria, Josef und Jesus ein Bleiberecht im öffentlichen Raum zuzugestehen. Als nächstes haben die Verwaltungsrichter von Melun das Wort. Am 19. Dezember wollen sie entscheiden, ob die Krippe im Rathaus bleiben darf.

ANZEIGE

BZ-Adventsgewinnspiel
150 € gewinnen!
Das große BZ-Adventsgewinnspiel vom 1. 12. - 24. 12. täglich in Ihrer BZ.
Badische Zeitung

Ausgabenkennung



4 197357 201702

1 3 9 5 1